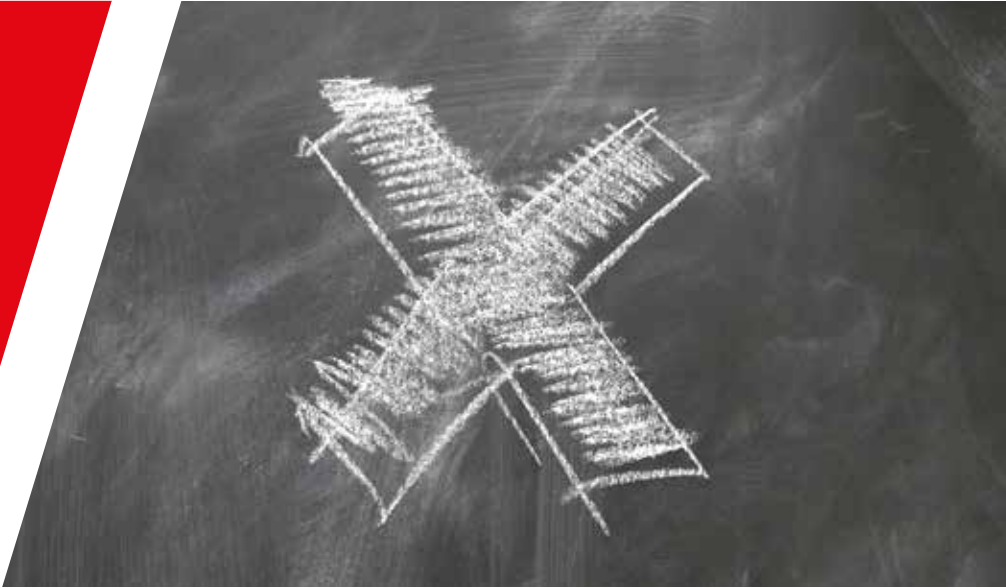




Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Hessen



**// DEMOKRATISCH • STREITBAR • KOMPETENT //**



# WAHLPRÜFSTEINE 2018

der ver.di | GEW-Fraktion  
im HPR (Verwaltung)  
beim Hessischen Kultusministerium  
und die Antworten der Parteien (Auszüge)

## **Impressum**

### **Werner Scholz**

Gewerkschaftsbeauftragter der GEW | beim HPR beim HKM  
Fechenheimer Leinpfad 7 | 60386 Frankfurt  
Tel. 069-415320 | E-Mail: wern.scholz@gmx.de

Titelbild: [www.pixabay.de](http://www.pixabay.de)

# Einführung

Wir wenden uns an die Bediensteten in der Bildungsverwaltung. Vor dem Hintergrund der alltäglichen Arbeit im HPR und den Erwartungen unserer Kolleginnen und Kollegen in der Bildungsverwaltung haben wir Wahlprüfsteine an die im Landtag vertretenen Parteien verschickt. Alle fünf haben uns geantwortet.

Wir haben die wichtigsten Aussagen, die wir im Hinblick auf die Vorstellungen der Parteien nach der Landtagswahl erhalten haben, mit Kolleginnen und Kollegen herausgefiltert.

Wir legen Ihnen unsere Synopse vor. Vielleicht hilft sie denen, die ihre Bedingungen am Arbeitsplatz in ihre Wahlentscheidung einbeziehen.

Sollten Sie die umfassenden Stellungnahmen der Parteien für Ihre Arbeit benötigen, dann wenden Sie sich bitte an

## **Werner Scholz**

Gewerkschaftsbeauftragter der GEW  
beim HPR (Verwaltung) beim HKM

## **Personalsituation in der Bildungsverwaltung**

In den letzten Jahren wurde das administrative Personal in den Staatlichen Schulämtern und der Hessischen Lehrkräfteakademie kontinuierlich abgebaut. Dies bei steigenden Lehrerzahlen und wachsenden Anforderungen. In der letzten Legislaturperiode wurden 4.350 zusätzliche Stellen (Plus ca. 8 %) im Schulbereich geschaffen. Diese Stellen und die damit verbundenen Projekte und Aufgaben müssen auch administriert werden. Wir fragen deshalb, in wie weit ihre Fraktion bereit ist, die Personalausstattung der Bildungsverwaltung zu verbessern und entsprechend der zu verwaltenden Stellen im Kultusbereich aufzustocken.

Außerdem ist im Haushalt 2018/19 noch ein überholter Stelleneinsparungsvermerk aus Zeiten des Landesschulamtes enthalten: (Bei der Hessischen Lehrkräfteakademie (Kap. 04 71) und der Staatlichen Schulaufsicht (Kap. 04 52) werden insgesamt 101,5 Stellen wegfallen. Entsprechende kw-Vermerke zu den Stellenplänen werden im Haushalt 2020 ausgebracht. Von den 101,5 Stellen sollen 60,0 Stellen auf die Hessische Lehrkräfteakademie und 41,5 Stellen auf die Staatlichen Schulämter entfallen).

Das Landesschulamt wurde aufgelöst, die Kürzungsvorgabe war nie realistisch.

**Frage: Wie steht ihre Fraktion zur Forderung der ersatzlosen Streichung dieser Passage im Haushalt 2020?**

### **Antwort der CDU:**

„Als CDU Hessen wollen wir ... auch weiterhin den Personalbedarf in der Bildungsverwaltung unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen anhand der voraussehbaren (d.h. altersbedingten) Fluktuation und der zu bewältigenden Aufgaben effizient gesteuert und voll umfänglich abgedeckt wissen.“

### **Antwort der SPD:**

„ ... hat die Landesregierung mehrfach aufgefordert, die Personalausstattung so zu verbessern, dass sie den steigenden Belastungen und wachsenden Anforderungen von zusätzlichen Stellen an Schulen aber auch angesichts neuer

Aufgaben gerecht wird. Um die gegenwärtigen Rahmenbedingungen zu verbessern und die langfristige Leistungsfähigkeit und Weiterentwicklung der hessischen Bildungsverwaltung nachhaltig zu sichern, ist eine vorausschauende Personalpolitik, die die rechtzeitige Ausbildung und Qualifizierung des Personals einschließt, notwendig“ ..., Die Streichung von 101,5 Stellen ... war in der Tat nie realistisch. Wir halten eine Bestandsaufnahme für notwendig und wollen die Personalausstattung an dem tatsächlich bestehenden Bedarf ausrichten.“

### **Antwort die GRÜNEN:**

„Um den vielfältigen Aufgaben der Bildungsverwaltung und ihrer Stärkung gerecht zu werden, muss sie personell gut ausgestattet sein. Richtig war die Auflösung des Landesschulamtes. Sobald die nächste Legislaturperiode anfängt, wird nach eingehender Analyse geprüft, inwieweit die kw-Vermerke entfallen können.“

### **Antwort DIE LINKE:**

„Belastungen im Bildungsbereich machen sich nicht nur in den Schulen bemerkbar, sondern natürlich auch in der Verwaltung. Daher müssen für zusätzliche Aufgaben auch zusätzliche Stellen geschaffen werden ... Wir wollen zweierlei: einmal sollen die Schulleitungen entlastet werden und die Verwaltungsaufgaben müssen weg von den pädagogischen Aufgabenträgern an den Schulen ... Zum anderen wollen wir, dass die Schulämter so ausgestattet sind, dass sie nicht nur die Aufgaben administrieren, sondern die Schulen auch unterstützen. ... dass nicht jede Schule für sich allein Organisationsstrukturen und Konzepte erarbeitet, sondern dafür Hilfen in Anspruch nehmen und sich mit anderen Schulen austauschen kann. Schulämter sollten in der Lage sein, Schulen zu beraten und Unterstützung anzubieten.“

Auch die Schulämter untereinander brauchen einen Austausch, z.B. in Form eines regelmäßigen Treffens. Außerdem wollen wir, dass die Schulämter freie Bildungsträger genauer überprüfen, sowohl, was deren Qualität des Bildungsangebots angeht als auch bezüglich der Qualifizierung, der Arbeitsverträge und der Bezahlung der Lehrkräfte. Auch das Sonderungsverbot muss überprüft und ggf. sanktioniert werden.“

### **Antwort der FDP:**

„ ... sind der Überzeugung, dass ausreichend Personal zur Verfügung stehen muss. ... dass Maßnahmen zur Entbürokratisierung erfolgen müssen und die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden sollten ... .“

## **Standortsicherung**

**Frage: Werden Sie sich für die Sicherung der Standorte in der Bildungverwaltung einsetzen?**

### **Antwort der CDU:**

„Als CDU-Fraktion haben wir uns stets nachdrücklich und erfolgreich dafür eingesetzt, dass alle 15 Staatlichen Schulämter in ihrer Eigenständigkeit bestehen bleiben.

So wurde nicht zuletzt auch im Jahr 2014 mit der Abschaffung des Landesschulamtes eine Entscheidung der CDU-geführten Regierungskoalition für eine Entbürokratisierung und Dezentralisierung und damit für eine bürgerfreundliche und effiziente Schulverwaltung auf der Grundlage gesicherter Standorte in der Fläche getroffen.“

### **Antwort der SPD:**

„ ... die SPD ist gegen eine Zentralisierung und für den Erhalt der Bildungverwaltung in der Fläche ... (eigener Gesetzentwurf wurde eingebracht). Zur Unterstützung und Begleitung der Schulen ist für uns eine in der Fläche verankerte, fachlich kompetente und angemessen ausgestattete Schulaufsicht auch in Zukunft unerlässlich.“

### **Antwort die GRÜNEN:**

„Hier wird kein Bedarf einer weiteren Strukturänderung gesehen, da die derzeitige Struktur der Bildungverwaltung sich bewährt hat.“

### **Antwort DIE LINKE:**

„Das hat die Linke immer getan und wird sie auch weiterhin tun. Wir haben beispielsweise vehement gegen die einst geplante Reduzierung der Schuläm-

ter protestiert, haben aber auch auf anderen Verwaltungsebenen die Forderung, Standorte beizubehalten. Daher hat sich Die Linke auch von Beginn an gegen die Schaffung des Landesschulamtes ausgesprochen.“

### **Antwort der FDP:**

„Eine Reduzierung von Standorten ist – zumindest ohne strukturelle Veränderungen – nicht zielführend und wird deshalb von uns für die nächste Wahlperiode nicht angestrebt.“

## **Selbständigkeit der Dienststellen der Bildungsverwaltung**

Die selbständige Schule mit einem hohen Maß an Personal- und Budgetverantwortung ist in aller Munde.

Leider werden die Dienststellen der Bildungsverwaltung, die den Prozess der Selbständigkeit unterstützen und begleiten sollen, zentralistisch verwaltet. Dies geschieht im offenen Widerspruch zur sog. Neuen Verwaltungssteuerung und der damit verbundenen dezentralen Ressourcenverantwortung.

Alle Dienststellen (15 Staatliche Schulämter, Hessische Lehrkräfteakademie, HKM) haben ihre Mandantenleitung im Ministerium. Eigenständige Entscheidungen sind dadurch ausgeschlossen, das Ministerium verhandelt mit sich selbst und ordnet dann an, was die nachgeordneten Dienststellen leisten sollen.

Gleichzeitig werden die Zuständigkeiten für die Höhergruppierungen und Beförderungen, die lt. Zuständigkeitsanordnung des HKM bei den Dienststellen liegen durch interne Dienstanweisungen ebenfalls im Ministerium selbst entschieden, so dass auch hier eine selbständige Aufgabenwahrnehmung nicht erfolgen kann.

**Frage: Wie steht ihre Fraktion zu dieser Fehlentwicklung. Wären Sie bereit, die Mandantenleitung (wie früher bis zur Auflösung des Landesschulamtes) wieder an die selbständigen Dienststellen zurückzugeben?**

### **Antwort der CDU:**

„Ein einheitliches und an klaren Vorgaben ausgerichtetes Handeln sowie transparente Verantwortungshierarchien und klare Entscheidungsstrukturen sind nach Auffassung der CDU für eine zeitgemäße Schulaufsicht und Kultusbürokratie unerlässlich. Die Frage einer erweiterten Selbständigkeit der Dienststellen der Bildungsverwaltung stellt sich daher gegenwärtig nicht.“

### **Antwort der SPD:**

„Von Wiesbaden aus kann man nicht alle fast 2000 Schulen verantwortungsvoll unterstützen und begleiten. Es muss zu einer Rückkehr zur kollegialen Zusammenarbeit mit dem Ministerium kommen, der Schulaufsicht muss ihre Würde zurückgegeben werden. Schulaufsicht, Schulleitung und Schulgemeinde müssen sich selbstbewusst und auf Augenhöhe begegnen. Aufgaben- und Rollenverständnis aller sind im Interesse einer Schulentwicklung weiterzuentwickeln, die der gesellschaftlichen Entwicklung gerecht wird und demokratisch verfasst ist.“

Wir werden die Handlungsfelder und Anforderungsprofile der Schulaufsicht entsprechend konkretisieren und die Schulämter im erforderlichen Maß ausstatten ... wir erachten es grundsätzlich als sinnvoll, dass Dienststellen eigenständige Entscheidungen treffen können und sie auch Zuständigkeiten, die ihnen lt. Zuständigkeitsanordnung obliegen, selbst entscheiden können.“

### **Antwort die GRÜNEN:**

„Ziel der Neustrukturierung war die Anbindung der Staatlichen Schulämter und der Lehrkräfteakademie unmittelbar an das Hessische Kultusministerium. und sie als eigenständige untere Schulaufsichtsbehörden auszugestalten.“

Durch die Neustrukturierung ist die reibungslose Weitergabe von Informationen und ein einheitlicher Verwaltungsvollzug erleichtert worden. Die inhaltliche Arbeit des Ministeriums ist direkt mit der Lehrerbildung verknüpft und umgekehrt. Die Neustrukturierung war eine richtige Entscheidung, zumal mehr Abstimmung und Vernetzung die Arbeit der Ämter und Schulen erleichtert.“



### **Antwort DIE LINKE:**

„Die Dienststellen in der Bildungsverwaltung sollten ihre Aufgaben selbständig erarbeiten können. Die nötige Kenntnis der Gegebenheiten vor Ort und in den Schulen ist unabdingbar: Qualität schulischer Bildung ist nur in Kenntnis der Gegebenheiten und Anforderungen vor Ort möglich. Besonders die Aufgaben „Inklusion“ und „Integration“ erfordern eine gute Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und der Schulverwaltung in einer Region.“

### **Antwort der FDP:**

„Wir setzen auf eine effiziente Verwaltung ... und eine Verschlinkung der Ministerialbürokratie, um Schulen von bürokratischen Hürden zu befreien und sie nicht weiter zu gängeln und übermäßig zu kontrollieren ... deshalb wenden wir uns gegen die Kontrollwut des Kultusministeriums ...“

## **Mitbestimmung im öffentlichen Dienst**

In Hessen hat die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst Verfassungsrang. Sie ist Ausdruck für Demokratie und Vorbild. Durch die verschiedenen Novellierungen des HPVG während der letzten Jahre wurden Mitbestimmungstatbestände für die hessischen Personalvertretungen erheblich beschnitten. Das führte zu spürbaren Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und sinkender Wertschätzung.

Mitbestimmungstatbestände, wie beispielsweise die Auswahl von Leiterinnen und Leitern von Dienststellen, wurden gestrichen. Einflussnahmen auf Anforderungsprofile sind ausgeschlossen. Die Anrechnung der Arbeitszeit für Personalvertretungen auf lokaler Ebene fehlt. Im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit werden Personalvertretungen von Dienstbesprechungen ausgeschlossen.

**Frage: Wir fragen ihre Fraktion, wie Sie zu einer Novellierung des HPVG im Sinne einer spürbaren Verbesserung der Beteiligungsrechte von Personalvertretungen stehen.**

### **Antwort der CDU:**

„Aus Sicht der CDU hat sich das HPVG in seiner Anwendung insgesamt bewährt; Umfang und Inhalt der Beteiligungsrechte sind in der behördlichen und personalrätlichen Praxis etabliert.“

### **Antwort der SPD:**

„Wir halten die Einschränkung von Beteiligungsrechten von Personalvertretungen für falsch. Das Verhältnis muss durch einen respektvollen Umgang miteinander und Wertschätzung der geleisteten Arbeit geprägt sein. Um eine bessere Mitwirkung bei Reform- und Organisationsentwicklungen zu ermöglichen, wollen wir eine Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes vornehmen. Wir werden gemeinsam mit den Beschäftigten einen Entwicklungsprozess zu einer umfassenden Staatsmodernisierung im Sinne einer bürgernahen, effektiven und modernen Verwaltung in Gang bringen.“

### **Antwort die GRÜNEN:**

„Um die Interessen der Beschäftigten gegenüber dem Dienstherrn/Arbeitgeber wahren zu können, sind starke Interessensvertretungen, Personalvertretungen und Gewerkschaften sehr wichtige Einrichtungen. Gerne möchten wir die Novellierung die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst – HPVG – weiterentwickeln sowie im Dialog mit den Gewerkschaften das Dienstrecht reformieren.“

### **Antwort DIE LINKE:**

„Dazu steht Die Linke positiv. Wir schätzen die Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten als ausgesprochen wichtig ein und treten für eine Stärkung dieser Rechte ein.“

### **Antwort der FDP:**

„Für die Freien Demokraten ist die Gewährleistung der Rechte von Fachgewerkschaften und kleineren Gewerkschaften elementar für eine demokratisch legitimierte Zusammensetzung der Personalvertretung.“

Eine Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts ... zukünftig im Dialog mit Fachverbänden sowie Interessenvertretern zu erreichen.“

## Qualifizierung

**Frage 1: Wie werden Sie sicherstellen, dass für Aus-, Weiter- und Fortbildung genügend Kapazitäten im staatlichen Rahmen zur Verfügung?**

**Frage 2: Und mit welchen Maßnahmen werden Sie sichern, dass einseitige parteipolitische Einflussnahme auf Aus-, Weiter- und Fortbildung der Beamteten des Landes Hessen ausgeschlossen wird?**

### Antwort der CDU:

„Die Nachwuchssicherung und Qualitätsentwicklung als Voraussetzung für die dauerhafte Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Landes- und Kommunalverwaltung ist uns als CDU ein wichtiges Anliegen ... Auch der in Zukunft zu erwartende Bedarf an personellen und sachlichen Ressourcen muss unter Einhaltung einer generationengerechten Haushaltspolitik zielführend, sachadäquat und wirkungsvoll abgedeckt werden.“

### Antwort der SPD:

Zu Frage 1:

„ ... Aus- und Fortbildungsangebote sowie Qualifizierungsmaßnahmen spielen für uns eine entscheidende Rolle. Sie müssen etwa mit den Hochschulen und Trägern der Fort- und Weiterbildung geplant und vom Land überwacht werden.“ ...

„Wir wollen die Zahl der Lehramtsstudienplätze und der Studienplätze für Sozialpädagogik in Absprache mit den Universitäten so erhöhen, dass wir den künftigen Einstellungsbedarf decken können. ... werden ein Hessenstipendium für Mangelfächer einführen. Kurzfristig muss ... der qualifizierte Quereinstieg in das Lehramt weiter ausgebaut werden. Zudem muss eine staatlich organisierte Fort- und Weiterbildungsstruktur weit über das bestehende Maß wieder aufgebaut werden.“

Zu Frage 2:

„ ... Für Vorschläge, mit welchen Maßnahmen dies gesichert werden kann, sind wir offen.“

### **Antwort die GRÜNEN:**

„Es ist wichtig, dass das Fortbildungsangebot für alle hessischen Bediensteten bedarfsgerecht ausgestaltet wird. In der nächsten Legislaturperiode werden im Dialog mit allen Beteiligten evaluiert, welche Maßnahmen hierfür notwendig sind.“

### **Antwort DIE LINKE:**

„Auch wenn die Kapazitätenfrage wichtig, und immer mit der Ressourcenfrage verbunden ist, muss auch Inhalt und Ausrichtung der Bildungsangebote betrachtet und an die aktuellen Bedürfnisse und Nachfragen angepasst werden.“

### **Antwort der FDP:**

„ ... den Anforderungen eines inklusiven Schulsystems der individuellen Förderung und der Selbständigen Schule ... Rechnung tragen. ... müssen auch Angebote zur Lehrgesundheit gehören. ... sind der Überzeugung, dass das Neutralitätsgebot auch für den Bereich der Aus-, Weiter- und Fortbildung gilt ... dass es keine einseitige parteipolitische Einflussnahme geben darf.“

## **LandesTicket Hessen**

Wir begrüßen sehr, dass ein LandesTicket und somit die unentgeltliche Nutzung des ÖPNV geschaffen wurde. Die sich daraus ergebenden ökologischen und ökonomischen Vorteile sind ein Gewinn.

**Frage: Wie stehen Sie dazu, das LandesTicket unbefristet fortzuführen??**

### **Antwort der CDU:**

„Die Beibehaltung des Jobtickets ist uns ... als CDU ein wichtiges Anliegen, steht allerdings unter dem Finanzierungsvorbehalt und dem Ausgang der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst.“

### **Antwort der SPD:**

„ ... Das aktuelle Landesticket erzeugt ... auch Ungerechtigkeiten ... Wir werden das Landesticket grundsätzlich weiterführen, werden allerdings die Kritikpunkte aufnehmen und versuchen, es im Dialog mit den Beschäftigten im besten Sinne weiterzuentwickeln.“

### **Antwort die GRÜNEN:**

„Da das landesweite Jobticket ein großer Erfolg ist, den öffentlichen Personennahverkehr stärkt sowie den Straßenverkehr entlastet und die Umwelt schont, setzen wir uns für seine Fortführung ein.“

### **Antwort DIE LINKE:**

„Die Linke kämpft aus ökologischen und sozialen Gründen für einen kostenfreien ÖPNV, daher begrüßt sie die Einführung des Landestickets (und hofft auf Fortführung) und betrachtet dies als einen guten Schritt in die richtige Richtung.“

### **Antwort der FDP:**

„Die Einführung des Jobtickets für Landesbedienstete haben wir abgelehnt. ... könnte man durch den Verzicht auf das Landesticket die Investitionen in den ÖPNV verdoppeln.“

## **Einstellung von Auszubildenden**

Wegen des demografischen Wandels ist es dringend notwendig, dass die Ausbildungsstellen sowohl im Tarifbereich als auch im Beamtenbereich aufgestockt werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass verwaltungstechnische Arbeiten weiterhin qualifiziert erledigt werden können.

### **Frage: Wird dieses Anliegen von Ihnen unterstützt?**

#### **Antwort der CDU:**

“Die Gewinnung von kompetenten und qualifizierten Mitarbeitern ist ein grundlegendes Anliegen der CDU und maßgeblich für einen innovativen und zukunftsfähigen Verwaltungsapparat – dies insbesondere im Lichte des demografischen Wandels ... “

„ ... Alleine im spezifischen Bereich der Schulverwaltung sichern derzeit 64 Auszubildende und 62 Inspektorenanwärter im Hessischen Kultusministerium, in den Staatlichen Schulämtern und an der Hessischen Lehrkräfteakademie qualifizierte Nachwuchskräfte.“

### **Antwort der SPD:**

„Ja. Ruhestandsversetzungen in den nächsten Jahren sind vor Hintergrund des erheblichen Personalabbaus... eine große Herausforderung. ... Wir wollen in den Nachwuchs investieren und einen Schwerpunkt bei der Ausbildung und der Übernahme junger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen.“

### **Antwort die GRÜNEN:**

„Sollte es sich durch den demographischen Wandel in den nächsten Jahren herausstellen, dass die Ausbildungsstellen im Tarifbereich und im Beamtenbereich angepasst werden müssen, dann muss diesen veränderten Anforderungen entsprechend Rechnung getragen werden. Uns Grünen ist es ein Anliegen, dass verwaltungstechnische Arbeiten auch weiterhin qualifiziert erledigt werden.“

### **Antwort DIE LINKE:**

„In den letzten Jahren sind Ausbildungsstellen auch in der Landesverwaltung weggefallen. Dieser Abbau muss gestoppt werden, um den Nachwuchs zu sichern und um sich neuen Herausforderungen qualifiziert stellen zu können.“

### **Antwort der FDP:**

„Die Ausbildung ... muss bedarfsgerecht erfolgen. Von pauschalen Zusagen sehen wir...ab, da es vordringlicher ist, die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen attraktiv zu gestalten ... .“

## **Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder**

Das Land Hessen ist 2004 aus der Länder-Tarifgemeinschaft ausgetreten und führt seitdem die Tarifverhandlungen in eigener Verantwortung.

### **Frage: Wie steht ihre Fraktion zur Rückkehr in die Tarifgemeinschaft?**

### **Antwort der CDU:**

„ ... Diese Besonderheiten des hessischen Tarifrechts sind auf die eigenständige Tarifpolitik des Landes zurückzuführen und verschaffen dem Land Hessen im Wettbewerb um die klügsten Köpfe entscheidende Vorteile.“

**Antwort der SPD:**

„Wir werden im Fall eines Wahlsieges das Land Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, der alle anderen Bundesländer angehören, zurückführen.“

**Antwort die GRÜNEN:**

„An dem Ziel, dass Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt, halten wir fest. Wir wollen uns mit den Gewerkschaften verständigen, wie die Vorteile des hessischen Tarifvertrages und eine Fortführung des als Teil des Tarifergebnisses vereinbarte LandesTickets, mit der Rückkehr in die Tarifgemeinschaft in Einklang gebracht werden können.“

**Antwort DIE LINKE:**

„Die Linke fordert die sofortige Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder und verurteilt diesen Alleingang scharf.“

**Antwort der FDP:**

„Wir wollen ... in die Tarifgemeinschaft zurückkehren ... .“

